Öffentliche Bekanntmachung

Kreis Paderborn
Der Landrat
Aldegrevestr. 10-14
33102 Paderborn

Aktenzeichen
66.3/42053-24-600

Betr.: Antrag auf Vorbescheid gem. § 9 Abs. 1 a BImSchG: Errichtung und Betrieb von insgesamt zwei Windenergieanlagen in Lichtenau - Iggenhausen

Die Eggewind Asseln IV GmbH & Co. KG, Zur Egge 29, 33165 Lichtenau, beantragt einen Vorbescheid hinsichtlich Schall- und Schatten, Vereinbarkeit mit dem Flächennutzungsplan der Stadt Lichtenau und Vereinbarkeit mit den regionalplanerischen Belangen der Bezirksregierung für die Errichtung und den Betrieb von insgesamt 2 Windenergieanlagen des Typs Nordex N175 mit 179 m Nabenhöhe, 175 m Rotor Durchmesser und 7.000 kW Nennleistung.

Die Anlagen sollen auf dem Gebiet der Stadt Lichtenau, Gemarkung Iggenhausen, Flur 10 und 12, Flurstücke 60 und 19 errichtet und betrieben werden.

Weitere Angaben zu den Vorhaben können den ausgelegten Anträgen und den zugehörigen Antragsunterlagen entnommen werden.

Bei den beantragten Vorhaben handelt es sich um genehmigungsbedürftige Anlagen im Sinne des § 4 BImSchG. Die Anlagen sind im Anhang zu § 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) unter Ziffer 1.6.2 aufgeführt. Für die Verfahren und die Zulassungsentscheidungen ist der Kreis Paderborn zuständig.

Die beantragten Windenergieanlagen stellen Vorhaben im Sinne des UVPG dar.

Bei den beantragten Vorhaben handelt es sich um einen Vorbescheid hinsichtlich Schall- und Schatten, Vereinbarkeit mit dem Flächennutzungsplan der Stadt Lichtenau und Vereinbarkeit mit den regionalplanerischen Belangen der Bezirksregierung für insgesamt zwei Anlage nach Ziffer 1.6.2 der Anlage 1 zum UVPG. Im Rahmen des Vorbescheides gem. § 9 Abs. 1a BImSchG sind nur die beantragten Belange in der Vorprüfung zu berücksichtigen. Die Vorprüfung nach dem UVPG hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung grundsätzlich erforderlich ist, da erhebliche nachteiligen Umweltauswirkungen durch die beantragte Windenergieanlage nicht ausgeschlossen werden können. Da im Vorbescheid nur die beantragten Belange berücksichtigt werden müssen, wurden durch die Schallimmissionsprognose bereits alle zu prüfenden Belange geprüft und dargestellt.

Gemäß § 10 Abs. 3 BImSchG i.V.m. §§ 8 ff. der Verordnung über das Genehmigungsverfahren (9. BImSchV) und § 19 UVPG werden die Vorhaben hierdurch öffentlich bekannt gemacht.

Die Anträge mit den dazugehörigen Antragsunterlagen (Schallimmissionsprognose) werden in der Zeit vom

19.12.2024 bis einschließlich 15.01.2025

im Internet auf der Seite der Kreisverwaltung Paderborn, Amt 66 Umweltamt – Sachgebiet Immissionsschutz unter:

http://www.kreis-paderborn.de/kreis_paderborn/buergerservice/amtsverzeichnis/aemter/66-umweltamt/veroeffentlichungen/veroeffentlichungen-Immissionsschutz/Amtliche-Bekanntmachung-und-Auslegung.php und auf dem UVP-Portal unter www.uvp-verbund.de veröffentlicht.

Weiterhin sind die Antragsunterlagen im o. g. Zeitraum bei der Stadt Lichtenau, Fachbereich 3 – Bauen-Planen, Wohnen, Digitalisierung, Lange Straße 39, 33165 Lichtenau, einsehbar.

Hinweis: Für den o.g. Zeitraum besteht die Möglichkeit der Einrichtung einer leicht erreichbaren Zugangsmöglichkeit.

Die Schallimmissionsprognose enthält gebündelte Angaben bzgl. der zu erwartenden Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (hier: Schutzgut Menschen, insbesondere die menschliche Gesundheit) sowie zu den Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern.

Einwendungen gegen die Vorhaben können während der Auslegungsfrist und bis einen Monat nach Ablauf der Auslegungsfrist (**bis einschließlich 17.02.2025**) schriftlich oder zur Niederschrift bei der vorstehend genannten Behörde oder elektronisch unter fb66@kreis-paderborn.de erhoben werden.

Maßgebend für fristgerechte Einwendungen ist der Eingang der Einwendung bis zum Ablauf der o.g. Frist bei der o. g. Behörde. Mit Ablauf dieser Frist sind für die Genehmigungsverfahren alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Dies gilt nicht für sich anschließende Gerichtsverfahren.

Name und Anschrift der Einwender/innen sind auf den Einwendungen vollständig und deutlich lesbar anzugeben. Unleserliche Namen oder Anschriften können nicht berücksichtigt werden. Die Einwendungsschreiben werden an die Antragstellerinnen zur Stellungnahme weitergegeben. Auf Verlangen der Einwenderin/ des Einwenders werden dessen Name und Anschrift unkenntlich gemacht, soweit die Angaben nicht zur Beurteilung des Inhalts der Einwendungen erforderlich sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Zustellung der Entscheidungen über die Genehmigungsanträge und über Einwendungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden kann.

Im Auftrag
gez.

Bröckling